

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Roman Herzog, Horst Günther,
Christiane Bretz, Bernhard Jagoda

30 Jahre IAB
Eröffnungsansprache, Grußworte

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

30 Jahre IAB – Dokumentation der internationalen wissenschaftlichen Tagung „Beiträge der Wissenschaft zur Lösung der Beschäftigungskrise“ am 6. November 1997 in Schloß Bellevue in Berlin

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt konnte im Jahre 1997 auf 30 Jahre seines Bestehens zurückblicken. Das „Jubiläum“ wurde mit einer wissenschaftlichen Tagung am 6. November 1997 begangen, auf der international ausgewiesene Experten aus der Arbeitsmarktforschung sowie die Spitzen der Bundesanstalt und der Selbstverwaltung der BA zusammen mit den Mitarbeitern des Instituts Rückschau hielten und über neue Ansätze nachdachten.

Als besondere Auszeichnung durfte es das IAB ansehen, daß Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog seine Schirmherrschaft und als Veranstaltungsort seinen Amtssitz Schloß Bellevue in Berlin anbot, um bei dieser Gelegenheit seine Vorstellungen zu den Problemen auf dem Arbeitsmarkt vorzutragen.

Neben dem Bundespräsidenten sprach Staatssekretär Dr. Werner Tegtmeier in Vertretung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung Dr. Norbert Blüm, der insbesondere die Leistung des IAB in der wissenschaftlichen Politikberatung würdigte. Prof. em. Dr. Dr. h.c. Karl Martin Bolte, der als Mitglied des die IAB-Gründung begleitenden Sachverständigenremiums und als Mitherausgeber der „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ dem Institut von Anfang an mit Rat und Tat zur Seite gestanden hatte, befaßte sich in seinem auch auf der eigenen Erfahrung beruhenden Beitrag umfassend mit dem innovatorischen interdisziplinären und anwendungsorientierten Ansatz des IAB in der Wissenschaftslandschaft, der Politik- und Praxisberatung.

Mit Grußworten der Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit, Christiane Bretz, und des Präsidenten der BA, Bernhard Jagoda, war die Tagung am Vormittag eröffnet und auf ihr Rahmenthema „Beiträge der Wissenschaft zur Lösung der Beschäftigungskrise“ eingestimmt worden.

Der Nachmittag war für die Erörterung beschäftigungspolitischer Themen vorgesehen. Das Anliegen dieses Programmteils war es, einen Blick über die Grenzen zu tun, um aus den Erfahrungen „der anderen“ zu lernen. Unter der Diskussionsleitung von Dr. Manfred Wegner, des Gründungsdirektors des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, berichteten Wissenschaftler über internationale Erfahrungen beim Abbau der Arbeitslosigkeit: Prof. Dr. Schettkat, Universität Utrecht, über die Niederlande, Nigel Meager Ph.D. vom Institute for Employment Studies, Brighton, über britische Erfahrungen beim Abbau der Arbeitslosigkeit, Bo Hammer vom Dänischen Arbeitsministerium über Wege der Beschäftigungsförderung in Dänemark und Prof. Dr. Michael Burda, derzeit an der Humboldt-Universität zu Berlin, über die USA.

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, der Leiter des Center for Economic Studies, Universität München, und Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik e.V., stellte Vorschläge zur Lösung der Beschäftigungskrise vor, und abschließend befaßte sich Prof. Dr. Kleinhenz, der Direktor des IAB, mit der Frage, welche Beiträge die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Lösung der Beschäftigungskrise zu leisten vermag und bisher geleistet hat.

Gelegenheit zum Gedankenkenaustrausch zwischen den Teilnehmern, insbesondere auch zu einem Wiedersehen mit früheren BA-Präsidenten und ehemaligen IAB-Mitarbeiter sowie all jenen, die sich mit dem IAB verbunden fühlen, bestand am Vorabend der Veranstaltung bei einem Empfang, den das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zu diesem Anlaß gab. Horst Günther, der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, würdigte in einem Grußwort die bisherige Arbeit des Instituts. Prof. Dr. h.c. Stingl, der als damaliger Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die Gründungsphase des IAB und mehr als das erste Jahrzehnt der IAB-Arbeit prägend begleitet hat, hielt eine launige Rede über Entstehungsgeschichte des IAB, über die Anfänge in Erlangen und die weitere Entwicklung, wobei er insbesondere die wissenschaftliche, aber auch gemeinschaftsbildende Leistung des Gründungsdirektors Dieter Mertens hervorhob. Er verwies darauf, daß es in der ersten Zeit nicht einfach war, wissenschaftliche Erkenntnisse in die praxisorientierte Arbeit einer Behörde einzubringen und daß er es deshalb als seine besondere Aufgabe ansah, immer wieder zwischen Verwaltung, Selbstverwaltung und Wissenschaft vermittelnd aufzutreten.

Dieses in der Geschichte des IAB bemerkenswerte Ereignis, erscheint uns wichtig genug, um auch für die Öffentlichkeit dokumentiert zu werden. Die Reden und Vorträge werden im folgenden in der Reihenfolge des Tagungsablaufs wiedergegeben.

Eröffnungsansprache

Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog

Ich freue mich, daß ich heute Gastgeber für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit sein darf. Es spricht für Sie, daß Sie Ihr Jubiläum nicht mit einer Feierstunde begehen, sondern mit einer Arbeitstagung. Denn das heißt, Sie wollen weniger zurück als nach vorn schauen. Die Probleme des Arbeitsmarktes geben dazu freilich auch allen Anlaß. Ich will deshalb meinen Dank für die bisherige Arbeit des IAB mit meinen guten Wünschen für eine erfolgreiche Zukunft verbinden. Ich erhoffe mir von Ihnen praktikable Vorschläge für die Lösung unserer Beschäftigungsprobleme.

Ich begrüße es, daß Sie bei Ihrer Tagung auch einen Blick über die Grenzen werfen. Unsere Wirtschaft ist inzwischen weltweit verflochten; in Europa sind wir sogar auf dem Weg von einem gemeinsamen Markt hin zu einer engen, nicht nur währungspolitischen Integration. Überall sind die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt ähnlich – auch da, wo es ganz unterschiedliche gesellschaftliche Traditionen im Umgang der Sozialpartner miteinander, bei der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen oder bei der Struktur sozialer Sicherung gibt. Deshalb ist es wichtig, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Ich bin mir bewußt, daß erfolgreiche Lösungswege des Auslands bei uns nicht kopiert werden können. Aber sie geben doch wichtige Anhaltspunkte. Und nicht jeder muß das Rad immer wieder selbst erfinden.

Mit Ihrer Tagung unterstreichen Sie, daß der Amtssitz des Bundespräsidenten kein Ort bloßer Empfänge und Repräsentation ist, sondern eine Werkstatt für Gespräche und Ideen. Der Bundespräsident hat – wie Sie wissen – nach unserer Verfassung keine exekutive Macht. Aber er kann mitreden, kann Stimmungen beeinflussen, kann Themen setzen. Ehe er das tut, sollte er allerdings über das Wie und das Wann gehörig nachgedacht haben. Dabei helfen Sie mir mit Ihrer Veranstaltung, und dafür danke ich Ihnen.

Unsere größte politische Herausforderung ist die Arbeitslosigkeit. Dieses Thema hat viele Facetten. Es spiegelt ein *ökonomisches* Problem, weil wir zu wenig Arbeitsplätze haben. Es bedeutet ein *finanzielles* Problem, weil die Arbeitslosigkeit das soziale Sicherungssystem belastet. Es ist ein *politisches* Problem, weil das Ringen um die richtigen Antworten auf diese Herausforderung noch nicht zu wirklich durchschlagenden Erfolgen geführt hat. Und es ist – allem voran – ein *menschliches* Problem, weil Arbeitslosigkeit für viele Betroffene mit einer bedenklichen Erschütterung des Selbstwertgefühls einhergeht.

Nun habe ich gelernt, daß sich hinter einer scheinbar verfestigten Bestandszahl an Arbeitslosen ein sehr differenziertes Bild und eine ungeheure Dynamik verbirgt. Wer weiß schon, daß es bei vier Millionen Arbeitslosen tatsächlich im Jahreszeitraum je rund sieben Millionen Zu- und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit gibt. Pro Tag werden 10 000 Menschen in Arbeit vermittelt; ähnlich viele Menschen dürften selbst bei der Suche nach einem Arbeitsplatz erfolgreich sein.

Was will ich mit diesen Zahlen sagen? Einerseits, daß der Arbeitsmarkt keineswegs so statisch ist, wie ihn manche sehen.

Und das bedeutet: Wirklich niemand ist völlig chancenlos! Das gibt zu Optimismus Anlaß. Andererseits besagen die Zahlen, daß im Laufe eines Jahres viel mehr Menschen mit Arbeitslosigkeit in Berührung kommen, als die Bestandszahl ausdrückt. Was wiederum heißt, daß sehr viele Menschen am eigenen Leib die Belastungen durch Arbeitslosigkeit erfahren. Und das ist ein dramatischer Sachverhalt!

Wer den Arbeitsmarkt positiv beeinflussen will, muß zunächst analysieren, was dort geschieht. Ideologische Weisheiten helfen gegen Arbeitslosigkeit ebensowenig wie Stammtischratschläge. Die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung macht keine Planspiele am Grünen Tisch, sondern sie arbeitet an einem Brennpunkt des praktischen Lebens – und das Leben richtet sich bekanntlich nach keiner Theorie! Deshalb ist die Arbeitsmarktforschung auch nicht in Gefahr, sich in einem Elfenbeinturm zu verstecken. Sie gibt den Handelnden konkrete Ratschläge, was machbar ist und was nicht.

Der Sachverstand des IAB wird von Politik und Tarifparteien gebraucht. Deshalb ist es eine kluge Konstruktion, in den Gremien der Bundesanstalt und des IAB die drei Bänke Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzuführen. Das bietet Gewähr für pragmatische Arbeit und für verwertbare Ergebnisse. Denn wir brauchen keinen Streit über Denkschulen, sondern den Diskurs über Handlungsalternativen! Und dieser Diskurs muß auf der Grundlage profunden Wissens geführt werden. Dafür ist die Arbeit des IAB eine gute Hilfe. Ich muß dem natürlich in präsidialer Neutralität hinzufügen: Auch andere Institute leisten gute Arbeit – was Sie nicht schrecken muß, sondern anspornen sollte. Es kann gar nicht genug Leute geben, die über die wichtigen Fragen des Arbeitsmarktes nachdenken!

Heute bin ich nicht als Ratgeber, sondern als Zuhörer bei Ihnen. Denn ich habe viel mehr Fragen als Antworten. Lassen Sie mich einige meiner Fragen benennen:

1. In welche Richtung verändert sich der Arbeitsmarkt künftig? Wir dürfen uns schließlich nicht auf die Frage beschränken, wie wir für die heute Arbeitslosen morgen Arbeit schaffen, sondern wir müssen erkennen, welche Qualifikationen die Menschen insgesamt für den Arbeitsmarkt der Zukunft benötigen. Das betrifft auch alle Beschäftigten und alle Unternehmen.

2. Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus diesen längerfristigen Perspektiven für die Aus- und Weiterbildung? Niemand erhält gegenwärtig mehr das Rüstzeug für sein gesamtes Erwerbsleben allein in Schule und beruflicher Erstausbildung. Jeder muß immer neue Fertigkeiten zusätzlich erlernen; viele werden häufiger nicht nur den Arbeitgeber, sondern auch den Beruf wechseln müssen. Welche Konsequenzen hat das für unser Schulsystem? Für die berufliche Ausbildung? Für die Hochschulen? Für die Weiterbildungsangebote während des gesamten Lebens?

3. Wie gehen wir mit denjenigen um, die bei immer weiter steigenden Qualifizierungsansprüchen des Arbeitsmarktes nicht mithalten können? Was geschieht mit Arbeitnehmern, die über

keine Berufsausbildung verfügen und denen eine solche Qualifikation auch nicht vermittelt werden kann? Bietet der künftige Arbeitsmarkt diesem Zehntel der Bevölkerung überhaupt keine Perspektiven mehr? Wären nicht besondere Anstrengungen erforderlich, für diesen Personenkreis auch unkonventionelle Wege zu beschreiten, damit sie nicht zur dauerhaft abgeschriebenen Randgruppe unserer Gesellschaft werden?

4. Wie erreichen wir, daß mehr Menschen in der beruflichen Selbständigkeit eine persönliche Perspektive erkennen? Warum ist das traditionell zwar für Handwerker, Juristen, Ärzte (oder für Erben) eine Option, aber nicht für Millionen Menschen mit anderer Qualifikation? Werden wir in unserer Gesellschaft überhaupt dafür ausgebildet und darauf vorbereitet, selbständig zu sein?

5. Wie erreichen wir, daß Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe motiviert werden, sich wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern? Gibt es nicht Mechanismen, die die Aufnahme von Erwerbsarbeit gerade im unteren Einkommensbereich unattraktiv machen? Sind die Übergänge wirklich intelligent genug ausgestaltet oder müssen wir auch hier zu Änderungen bereit sein?

6. Wie motivieren wir die Tarifparteien, beschäftigungsorientierte Aspekte gleichrangig neben die einkommensbezogenen Überlegungen zu stellen?

7. Welche Auswirkungen hat die Migration auf unseren Arbeitsmarkt? Welche Qualifikationen bringen die Zuwanderer mit? Welche Defizite?

8. Welche Bedeutung hat der internationale Arbeitsmarkt für die Arbeitnehmer bei uns? Ist es nicht für immer größere Gruppen möglich und auch interessant, eine Zeitlang im Ausland zu arbeiten?

Ich habe – ein wenig willkürlich – diese acht Fragen hervorgehoben. Das Spektrum Ihrer Themen ist natürlich noch viel breiter. Und natürlich können Sie bei Ihrer heutigen Tagung keineswegs alle besprechen. Dennoch arbeiten Sie daran, und um der Antworten willen ist Ihr Institut so wichtig. Es hat öffentliche Aufmerksamkeit verdient, und ich hoffe, daß die heutige Tagung ein wenig dazu beiträgt, diese Aufmerksamkeit zu wecken.

Grußworte

Horst Günther

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Sehr geehrter Herr Professor Kleinhenz,
Herr Jagoda,
Herr Franke
Herr Professor Stingl
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, daß Sie heute abend hier so zahlreich zum Empfang des Bundesarbeitsministeriums erschienen sind und darf Sie herzlich willkommen heißen. Wir geben damit sozusagen den „Startschuß“ zu den Feierlichkeiten des 30jährigen Bestehens des IAB.

Es ist mir eine besondere Ehre, dem „Geburtstagskind“ IAB zu diesem Jubiläum zu gratulieren und damit die Verbundenheit des Arbeitsministeriums mit den Nürnberger Arbeitsmarkt- und Berufsforschern zu dokumentieren. Vor allem ist es eine gute Gelegenheit, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ein Wort des Respekts und der Dankbarkeit zu sagen.

Die drei Buchstaben I A B haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten zu einer festen Institution entwickelt. Der Name des Nürnberger Instituts ist überall in Deutschland ein Synonym für seriöse Sozialforschung auf höchstem wissenschaftlichen Niveau.

Angefangen hat alles vor 30 Jahren. Bis Mitte der 60er Jahre kam die deutsche Politik ohne eine explizite Arbeitsmarktforschung aus. Die damals sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, daß die hohe Nachkriegsarbeitslosigkeit nahezu vollständig abgebaut werden konnte.

Arbeitslosigkeit war kein Thema. Die Unternehmen hatten vielmehr damit zu kämpfen, genügend Arbeitskräfte zu finden. Aber ein Problem, das bis heute zu den Hauptinhalten Ihres Instituts zählt, stellt sich heute wie vor 30 Jahren. Das Problem der Fortbildung und Qualifizierung.

Die Betriebe wollten damals wie heute Arbeitnehmer mit einem hohen Qualifikationsgrad. Sie suchten nach Menschen mit einer guten Ausbildung, die genau ihren Anforderungen entsprachen. Die Sozialpartner interessierten sich dabei besonders für die Zukunft der Arbeitsmärkte. In welchen Bereichen würde die Nachfrage nach Arbeit noch zunehmen, welche Sektoren würden zukünftig an Bedeutung für den Arbeitsmarkt verlieren?

Es ging also schon vor 30 Jahren um den Strukturwandel, um die Zukunft der Arbeit. Themen, mit denen Sie sich bis heute tagaus, tagein befassen. Aber es gab noch kein wissenschaftliches Institut, das sich mit diesen Fragen beschäftigte.

Um diese Lücke zu schließen, verabredeten im Dezember 1965 die Selbstverwaltungsorgane der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wie unsere BA damals noch hieß, die Gründung des IAB. Nur gut ein Jahr später, am 2. Mai 1967, konnte unser Geburtstagskind, das IAB, unter Leitung von Professor Dr. Mertens seine Arbeit – zunächst in Erlangen – aufnehmen.

Im Lauf der Jahre nahm die Bedeutung Ihres Instituts schnell zu, was sich auch in der vergleichsweise guten Personalausstattung zeigt. Begann das IAB 1967 mit nur 20 Angestellten, so arbeiten Sie heute bereits mit einem Stamm von 109 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Nürnberg.

Meine Damen und Herren,

1997 ist die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben unseres Landes nicht mehr wegzudenken. Sie übt gewissermaßen die Funktion eines Seismographen für Politik und Wirtschaft aus. Dabei kommt es entscheidend darauf an, wie dieser Seismograph genutzt wird.

Helfen können Ihre wissenschaftlichen Ergebnisse nur, wenn sie richtig interpretiert und angewandt werden. Wer in die Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung nur das hineininterpretiert, was er gerne herauslesen möchte, wird von ihnen zwangsläufig getäuscht werden.

Die Unabhängigkeit des wissenschaftlichen Urteils ist unerläßliche Voraussetzung für jedwede Politikberatung durch die Wissenschaft: Auch wir Politiker müssen akzeptieren, daß wissenschaftliche Erkenntnis nicht immer genehme Empfehlungen hervorbringt, sondern auch Unruhe auslösen kann.

Das IAB hat sich parteipolitische Unabhängigkeit ganz groß auf seine Fahnen geschrieben. Bei Ihnen zählt die wissenschaftliche Begründbarkeit und nicht parteipolitisches Kalkül. Mit dieser strikten Unabhängigkeit sind Sie in den letzten 30 Jahren gut gefahren. Die Politik hat immer wieder Ihre Empfehlungen angenommen – ob wir nun eine SPD- oder eine CDU-geführte Bundesregierung hatten.

Auch für die heutige Bundesregierung spielt das IAB eine große Rolle. Viele Studien und Umfragen haben unsere Politik maßgeblich beeinflußt. Darunter auch Ihr IAB-Westphal-Modell, das die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 als durchaus realistisches Ziel einschätzte.

Die Studie stützt damit die gemeinsame Zielfestlegung des von der Bundesregierung im Januar 1996 eingerufenen Bündnisses für Arbeit aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik. Leider ist das Bündnis schnell wieder gescheitert. Aber ich bin nach wie vor der Auffassung, daß der Weg zu mehr Arbeitsplätzen nur im Miteinander von Sozialpartnern und Politik liegen kann.

Dieses Miteinander, der Gedanke, daß wirksame Lösungen nur im Konsens zwischen den Hauptakteuren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zustandekommen, ist sinnbildlich für die Philosophie Ihres Instituts. Viele Studien des IAB binden Sozialpartner und Staat in Ihre Politikempfehlungen ein.

Damit kommt Ihrem Institut ein wesentliches Attribut zu, was so manch anderer Forschungseinrichtung leider fehlt. Sie sind praxisnah. Ihre Publikationen sind in der Regel wesentlich verständlicher geschrieben, als dies üblicherweise bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Fall ist. Darum sind

Ihre Arbeiten im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung besonders gern gesehen.

Meine Damen und Herren,

ein grundlegendes Dilemma der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben Sie nach 30 Jahren bis heute nicht beseitigen können. Sie sind die Überbringer mitunter auch negativer Ergebnisse und Prognosen. Und so ziehen Sie sich – wie manch reitender Bote – zuweilen auch den Unmut Ihrer Auftraggeber zu.

Christiane Bretz

Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Tegtmeier,
sehr geehrter Herr Präsident Jagoda,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Vorsitzende des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit darf ich mich herzlich bei Ihnen bedanken, sehr geehrter Herr Bundespräsident, daß Sie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu dieser wissenschaftlichen Tagung in das Schloß Bellevue eingeladen haben.

Die ursprüngliche Absicht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung war es, Sie, Herr Bundespräsident, für den Festvortrag für eine in Nürnberg geplante Veranstaltung aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Instituts zu gewinnen. Sie haben aber, als Sie mit dieser Bitte konfrontiert wurden, spontan Ihren Berliner Amtssitz als Veranstaltungsort angeboten. Damit schenken Sie dem IAB zu seinem 30. Geburtstag nicht nur einen herausragenden Rahmen für diese Tagung, sondern gewähren gleichzeitig den drängenden Fragen von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung hier im Schloß Bellevue großen Raum.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die möglichen Wege zu mehr Beschäftigung sind zentrale Punkte, die Sie seit Antritt Ihres Amtes immer wieder aufgegriffen und mit grundlegenden Anmerkungen in die öffentliche Diskussion gebracht haben. Ich denke in diesem Zusammenhang nicht nur an Ihre Rede im April diesen Jahres hier in Berlin, sondern auch an Ihre Ausführungen auf dem Bayerischen Sparkassentag in Nürnberg wenige Tage zuvor. Bei diesen Reden mahnten Sie nachdrücklich an, daß notwendige Veränderungen gezielt und zügig umgesetzt werden müssen, um mehr Beschäftigung in Deutschland zu ermöglichen.

Die Menschen in Deutschland empfinden die Arbeitslosigkeit als die zentrale Frage und auch Sorge, die Lösungen notwendig macht. Auf regelmäßige repräsentative Umfragen des „Politbarometers“ antworten bereits seit einiger Zeit nahezu konstant vier Fünftel der Befragten, die Arbeitslosigkeit sei das größte zu lösende Problem.

Wenn vier von fünf Befragten die Auffassung vertreten, Arbeitslosigkeit sei das zentrale Problem, so tun sie dies offensichtlich nicht nur vor dem Hintergrund der Zahlen der amtlichen Arbeitslosenstatistik, sondern aufgrund persönlicher Erfahrungen. Angesichts von über 4 Millionen Arbeitslosen

Es geht dann nach der Devise: Sind die Zahlen für den Auftraggeber gut, ist auch das Institut gut; sind die Zahlen schlecht, so liegt es natürlich an den fehlerhaften Berechnungen des Instituts.

Aber Sie sind nah an der Realität. Und das ist die Hauptsache. Ich gratuliere dem IAB zu seinen Leistungen, zu seinem Gewicht und zu seinem Erfolg. Machen Sie weiter so, und wir werden im Jahr 2027 Ihren 60. Geburtstag feiern!

kann dies auch nicht verwundern. Um so mehr ist dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu danken, durch seine Untersuchungen Wege gezeigt zu haben.

Arbeitslosigkeit ist sowohl aus individueller als auch aus gesellschaftlicher Sicht eine zentrale Herausforderung. Für den einzelnen bedeutet sie nicht nur den Verlust von Arbeitseinkommen, sondern ebenso den Ausschluß von der Teilhabe am Erwerbsleben und damit auch am gesellschaftlichen Leben. Insofern ist Ihre Bekämpfung zugleich soziales Gebot und gesellschaftliche Pflicht.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist aber auch aus wirtschaftlichen Gründen notwendig. Denn Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur eine Verfehlung des gesamtwirtschaftlichen Zieles eines hohen Beschäftigungsstandes, das im Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft verankert ist. Sie bedeutet, ökonomisch betrachtet, auch den teilweisen Verzicht auf die Beschäftigung des Produktionsfaktors Arbeit und damit den Verzicht auf einen Teil des realisierbaren Bruttoinlandsprodukts, den die Arbeitslosen, wären sie erwerbstätig, erstellen könnten. Insofern ist Arbeitslosigkeit mit dem Verzicht auf einen Teil des gesamtwirtschaftlich möglichen Wohlstandsniveaus gleichzusetzen.

Nicht zuletzt ist Arbeitslosigkeit mit hohen Kosten verbunden, die wiederum weit überwiegend von den Arbeitern und Angestellten getragen werden, also von denen, die in den Betrieben und Verwaltungen tätig sind. Denn auf der einen Seite führen die Sozialleistungen an Arbeitslose zu hohen Mehrausgaben, auf der anderen Seite gehen die Einnahmen im Vergleich zur Vollbeschäftigungssituation zurück. Die so entstehenden Gesamtkosten veranschlagt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei jahresdurchschnittlich 4,0 Mio Arbeitslosen für das Jahr 1996 auf 159 Milliarden DM. Der größte Teil auf der Ausgabenseite ist mit 47,0 Milliarden DM das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe.

Hinzu kommen die von der Bundesanstalt für Arbeit übernommenen Sozialbeiträge der Arbeitslosen zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von 33,7 Milliarden DM und die Mehrausgaben für Sozialhilfe und Wohngeld an Arbeitslosen-Haushalte in Höhe von 8,7 Milliarden DM. Die durch Beitragsausfälle verursachten Mindereinnahmen der Sozialversicherung beliefen sich auf rund 35,7 Milliarden DM. Dem Staat entgingen zudem Steuereinnahmen von 33,8 Milliarden DM. So gerechnet, kostete 1996 jeder fehlende Ar-

beitsplatz den Sozialkassen und dem Staat im Durchschnitt 40 000 DM.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat nun im vergangenen Jahr anhand einer Modellrechnung gezeigt, daß eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit möglich ist. Ausgangspunkt der Überlegungen des IAB war das im Rahmen des Bündnisses für Arbeit vom 23. Januar 1996 gesteckte Ziel, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu halbieren. Die Selbstverwaltungsgremien der Bundesanstalt für Arbeit haben daraufhin das IAB gebeten, zu untersuchen, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Nach Auffassung des Instituts bedarf es dafür eines Bündels von Maßnahmen, das folgende Komponenten umfassen mußte:

- Verringerung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit, vor allem über mehr sozialversicherungspflichtige Teilzeit und Verminderung der Überstunden, also in flexibler und reversibler Form,
- eine moderate Tarifpolitik bei den Löhnen in den nächsten Jahren,
- Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern und vertrauensbildende Beschlüsse zur Konsolidierung des Staatshaushaltes.

Zur Gegenfinanzierung und Haushaltskonsolidierung wurden in der Modellrechnung sukzessive ab 1998 zunehmende Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten unterstellt, sowie die Mineralölsteuer bis zum Jahre 2001 schrittweise um insgesamt 60 Pfennig pro Liter erhöht und schließlich im Jahre 2001 die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt.

Die eigentliche Botschaft der IAB-Modellrechnung liegt darin, deutlich zu machen, daß in Deutschland auch Ende der 90er Jahre mehr Beschäftigung möglich ist, wenn Tarifpartner und Politik zusammenwirken und zügig strukturelle Veränderungen einleiten.

Die zentralen Aussagen dieser Untersuchung gelten nach wie vor. Deswegen haben Vorstand und Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen, die heutige Tagung anläßlich des 30jährigen Bestehens des IAB in diesen ehrwürdigen Räumen und gerade hier in Berlin zu nutzen, um noch einmal eindringlich auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns von Staat und Sozialpartnern hinzuweisen.

In diesem Sinne legen die in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit vertretenen Bänke – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und öffentliche Hand – eine „Berliner Erklärung zum Abbau der Arbeitslosigkeit“ vor, die auf dem vom IAB entwickelten Strategiebündel basiert.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Berliner Erklärung zum Abbau der Arbeitslosigkeit

„Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist von Rezession zu Rezession gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 1997 wird mit fast 4,4 Millionen registrierten Arbeitslosen ein Höchststand in der Nachkriegsgeschichte erreicht. Die wachsende Arbeitslosigkeit gefährdet zunehmend Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialstaat.

Die Erfahrungen in der Vergangenheit zeigen, daß die Konjunkturerholung allein nicht ausreichen wird, die Arbeitslosigkeit entscheidend und nachhaltig abzubauen. Vielmehr bedarf es einer umfassenden Innovations- und Wachstumsstrategie.

Überwindbar ist die anhaltende Beschäftigungskrise, wenn Arbeitgeber und Unternehmen, Gewerkschaften und Staat sowie die Deutsche Bundesbank bereit sind, an einer gemeinsamen mittelfristigen Strategie für mehr Beschäftigung mitzuarbeiten. Internationale Erfahrungen bestätigen den Erfolg eines solchen Weges.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat im vergangenen Jahr anhand einer makroökonomischen Simulationsrechnung, die in der Öffentlichkeit große Beachtung fand, aufgezeigt, daß mittelfristig eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit möglich ist. Die zentralen Aussagen dieser Untersuchung gelten nach wie vor.

Der Staat hat dabei die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Neben vertrauensbildenden Beschlüssen zur Konsolidierung der Staatshaushalte sind Umschichtungen notwendig, um einerseits Sozialversicherungsbeiträge und direkte Steuern senken zu können und andererseits Spielraum für mehr öffentliche Investitionen zu schaffen.

Die Tarifparteien haben die Aufgabe, ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik in noch stärkerem Maße am Beschäftigungsziel zu orientieren.

Unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg eines solchen Maßnahmebündels ist der Wille zum gemeinsamen Handeln. Bei der praktischen Umsetzung sind kreative Lösungen, Solidaritätsbewußtsein, Kompromißbereitschaft und nicht zuletzt ein langer Atem gefragt.“

Dem Institut und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich im Namen der Selbstverwaltung und wünsche weitere erfolgreiche 30 Jahre.

Bernhard Jagoda
Präsident der Bundesanstalt für Arbeit

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Tegtmeier,
sehr geehrte Frau Bretz,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für den Abbau der Arbeitslosigkeit gibt es kein Patentrezept, wohl aber den Weg der vielen kleinen Schritte, die, wenn sie entschlossen getan werden, zum Ziel führen. Die heutige wissenschaftliche Tagung anlässlich des 30jährigen Bestehens des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit soll ein Beitrag sein, diese Schritte aufzuzeigen und zu bewerten, um am Standort Deutschland mehr Beschäftigung möglich zu machen.

Dafür, daß diese Tagung im Schloß Bellevue stattfinden kann, möchte ich mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, herzlich bedanken. Sie öffnen Ihren Berliner Amtssitz damit einmal mehr für das wichtigste Thema der Gegenwart, die Frage von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung. Gleichzeitig gewähren Sie hiermit dem IAB zu seinem 30jährigen Bestehen einen herausragenden Rahmen für diese Tagung. Dafür danke ich Ihnen, auch im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts. Wir haben Ihr Angebot, in Schloß Bellevue zu tagen, mit großer Freude angenommen. Hier in Berlin sein zu dürfen, ist für uns auch Ansporn zu weiteren Taten.

Im Namen der Bundesanstalt für Arbeit und ihres Instituts danke ich auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die unserer Einladung zu dieser wissenschaftlichen Tagung gefolgt sind und mit ihren Vorträgen oder im Rahmen der Diskussion einen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme leisten. Ausdrücklich begrüße ich unsere ausländischen Gäste, die uns einen vertieften Einblick in die internationalen Erfahrungen beim Abbau der Arbeitslosigkeit eröffnen werden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie einen Blick in die internationale Arbeitsmarktstatistik von eurostat oder der OECD werfen, dann wird Ihnen sofort auffallen, daß wir für die internationalen Vorträge am heutigen Nachmittag ausschließlich Vertreter aus solchen Ländern eingeladen haben, in denen die Arbeitslosigkeit seit mindestens drei oder mehr Jahren zurückgeht. Dem liegt die Absicht zugrunde, aus den Erfahrungen dieser Länder zu lernen. Für die beschäftigungspolitische Weichenstellung bei uns ist es wichtig, auch über die Grenzen zu blicken, um zu sehen, was die anderen Staaten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen, wie mögliche Wege zu mehr Beschäftigung dort beurteilt werden und welche Reformen durchgeführt wurden und werden. Natürlich lassen sich nicht alle Erfahrungen übertragen. Sicherlich müßte auch die eine oder andere im Ausland erfolgreiche beschäftigungspolitische Strategie auf die spezifische Situation in Deutschland zugeschnitten werden. Doch sind dies Aspekte, die unsere Neugier, über den Zaun zu blicken, nicht verringern sollten. Im Gegenteil, dies sollte uns heraus-

fordern. Nicht zuletzt aber sollten wir aus den Erfahrungen anderer Staaten Mut und Zuversicht hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten des Arbeitsmarktes schöpfen, denn in mehreren Ländern wurde gezeigt, daß Arbeitslosigkeit am Ende dieses Jahrhunderts kein unausweichliches Schicksal ist, sondern durchaus erfolgreich bekämpft werden kann.

Das in der vergangenen Woche von den führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten vorgelegte Herbstgutachten mahnt uns zu Taten. Die Konjunkturforscher erwarten für das kommende Jahr bei einem Wirtschaftswachstum von 2,8 % eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von 4,38 Mio. auf 4,42 Mio. Trotz der günstigen konjunkturellen Einschätzung bliebe die Lage auf dem Arbeitsmarkt demnach angespannt. Dies hängt zum einen damit zusammen, daß die Beschäftigungsschwelle aufgrund der vielfältigen Rationalisierungsmaßnahmen deutlich angestiegen ist; nach einer aktuellen Untersuchung des Ifo-Instituts auf einen Wert von rd. 2,3 %. Zum anderen zögern viele Betriebe, Arbeitnehmer einzustellen und fahren erst einmal die vorhandenen Kapazitäten aus.

Wir sollten eine Prognose als das nehmen, was sie ist, nämlich eine Aussage über die mögliche zukünftige Entwicklung auf der Basis bestimmter Annahmen und Rahmendaten. Wenn uns das Ergebnis einer Prognose nicht paßt, dann müssen wir die ihr zugrundeliegenden Annahmen verändern. Das heißt konkret, wir müssen die Bedingungen für Innovationen, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung am Standort Deutschland verbessern und parallel dazu eine stärkere Arbeitszeitflexibilisierung, eine höhere Teilzeitquote und einen Überstundenabbau erreichen.

Große Teile der Bevölkerung haben begriffen, daß Veränderungen unumgänglich sind, um dies zu erreichen. Gleichwohl haben viele Menschen Angst davor und sind verunsichert. Es ist Aufgabe von Politik und gesellschaftlichen Organisationen, bei allen die hierfür notwendige Akzeptanz und Zuversicht zu schaffen.

Dabei sollte man deutlich machen, daß es nicht darum gehen kann, bewährte Systeme abzureißen und durch völlig andere zu ersetzen. Erforderlich ist vielmehr ihr Umbau, mit dem Ziel, sie auf die neuen Herausforderungen besser einzustellen.

In diesem Zusammenhang sei an Alfred Müller-Armack erinnert, der betont hat, daß die soziale Marktwirtschaft kein fertiges System sei, sondern eine evolutionäre Ordnung, in der es neben dem festen Grundprinzip, daß sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig wäre, Akzente neu zu setzen, gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit.

Zeigen wir, daß wir am Wirtschaftsstandort Deutschland hierzu auch heute noch in der Lage sind!